



Für eine unabhängige Regierung!

«Nein zur extremen Ruhegehaltsinitiative, Ja zum fairen Gegenvorschlag (Überbrückungsleistung)»

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Am Sonntag, 30. November 2025, stimmen Sie über die extreme Volksinitiative *«Schluss mit goldenem Fallschirm für Regierungsmitglieder – Nein zum lebenslangen Ruhegehalt»* und den *Gegenvorschlag des Grossen Rats «Teilrevision des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der Regierung»* ab.

Die Initiative klingt auf den ersten Blick verlockend – in Wahrheit ist sie extrem, unausgewogen und kurzfristig. Der faire Gegenvorschlag hingegen überzeugt: Er wird vom Grossen Rat und breit über die Parteien hinweg getragen. Mit Ausnahme der SVP lehnen alle Parteien die Initiative klar ab und unterstützen den Gegenvorschlag.

Warum der Gegenvorschlag die faire Lösung für Graubünden ist, erfahren Sie hier.

Die Ausgangslage

Heute erhalten ehemalige Regierungsmitglieder ein lebenslanges Ruhegehalt. Dieses steht in direktem Zusammenhang mit der schweizweit strengsten Amtszeitbeschränkung (12 Jahre). Eine extreme Initiative will das Ruhegehalt vollständig abschaffen – ohne jegliche Übergangsregelung. Mit schwerwiegenden Konsequenzen: Eine Annahme der Initiative würde die Unabhängigkeit der Regierung schwächen und Interessenskonflikte fördern. Zum Nachteil für alle Bündnerinnen und Bündner.



Der Gegen-
vorschlag

Wir sind überzeugt: Ein Ruhegehalt ist nicht mehr zeitgemäss. Darum unterstützen wir den fairen Gegenvorschlag. Er schafft das alte System ab und ersetzt es durch eine angemessene, befristete Überbrückungsleistung von maximal drei Jahren. Diese stellt sicher, dass das Regierungsamt auch künftig für geeignete Persönlichkeiten attraktiv bleibt, ohne lebenslange Privilegien zu gewähren. Gleichzeitig bleibt die Unabhängigkeit gewahrt – im Interesse eines starken, handlungsfähigen Kantons Graubünden.

Warum der Gegenvorschlag besser ist als die Initiative

Gute Argumente

1. **Fair und zukunftsgerichtet:** Das lebenslange Ruhegehalt wird abgeschafft. Stattdessen gibt es maximal für drei Jahre eine Überbrückungsleistung – genug Zeit, um sich beruflich neu zu orientieren.
2. **Unabhängig regieren:** Ohne Überbrückungsleistung müssten Regierungsmitglieder schon während der Amtszeit neue Jobs suchen. Das schwächt ihre Unabhängigkeit und öffnet Interessenkonflikten Tür und Tor.
3. **Attraktivität sichern:** Ohne faire Übergangsregelung würde das Regierungsamt an Attraktivität verlieren. Geeignete Persönlichkeiten würden für das anspruchsvolle Amt nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Gegenvorschlag schafft eine Balance ohne Privilegien für qualifizierte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft.
4. **Härte der Amtszeitbeschränkung**
Graubünden hat bereits die strengste Amtszeitbeschränkung der Schweiz: maximal zwölf Jahre. Nur noch drei Kantone (Appenzell Innerrhoden, Freiburg und Jura) kennen überhaupt eine Amtsdauerbeschränkung, diese jedoch mit 15 oder 16 Jahren. Ohne faire Übergangsregelung wird diese strenge Grenze zu einer unnötigen Zusatzbelastung und trifft Regierungsmitglieder unverhältnismässig hart. Der Gegenvorschlag sorgt hier für Ausgleich statt Privilegien – er federt die Härte ab, ohne neue Vorteile zu schaffen.
5. **Breite Unterstützung:** Alle Grossratsmitglieder der Die Mitte, FDP, GLP, Grüne und SP lehnen die extreme Initiative geschlossen ab und unterstützen den fairen Gegenvorschlag (91:24 Stimmen).



So stimmen Sie am 30. November 2025 richtig ab

Eine faire, klare und zeitgemässe Lösung für die Zukunft Graubündens:

Abstimmungs-
fragen

Stimmzettel

Volksinitiative
«Schluss mit goldenem Fallschirm für Regierungsratsmitglieder – Nein zum lebenslangen Ruhegehalt» **Nein**

Gegenvorschlag
«Teilrevision des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der Regierung» **JA**

Stichfrage (nur 1 Feld ankreuzen)
«Falls Initiative und Gegenvorschlag angenommen werden: Soll die Volksinitiative oder Gegenvorschlag in Kraft treten?»

☐ Initiative ☒ **X** Gegenvorschlag

- a) Wollen Sie die kantonale Volksinitiative «Schluss mit goldenem Fallschirm für Regierungsratsmitglieder – Nein zum lebenslangen Ruhegehalt» annehmen? **NEIN**
- b) Wollen Sie den Gegenvorschlag des Grossen Rats «Teilrevision des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der Regierung» annehmen? **JA**
- c) Stichfrage (nur 1 Feld ankreuzen): Falls die kantonale Volksinitiative und der Gegenvorschlag angenommen werden: Soll die Volksinitiative oder der Gegenvorschlag in Kraft treten? **GEGENVORSCHLAG**

Häufige Fragen und Antworten zur Abstimmung

Gut zu wissen

- 1. Wird mit dem Gegenvorschlag das lebenslange Ruhegehalt abgeschafft?**
Ja. Das bisherige System mit lebenslangen Ruhegehältern wird vollständig gestrichen. Neu gibt es nur noch eine Überbrückungsleistung von maximal drei Jahren.
- 2. Warum ist eine Überbrückungsleistung fair und zeitgemäss?**
Regierungsratsmitglieder tragen eine sehr hohe Verantwortung und stehen unter starker zeitlicher Belastung. Ohne Überbrückungsleistung müssten sie schon während der Amtszeit neue Jobs suchen. Das schwächt ihre Unabhängigkeit und öffnet Interessenkonflikten Tür und Tor.
- 3. Ist der Gegenvorschlag nicht einfach ein neues Privileg?**
Nein. Drei Jahre Überbrückung sind kein Privileg, sondern eine faire und befristete Lösung. Danach müssen sich ehemalige Regierungsratsmitglieder wie alle anderen wieder auf dem Arbeitsmarkt behaupten.
- 4. Wer unterstützt den Gegenvorschlag?**
Alle Grossratsmitglieder der Die Mitte, FDP, GLP, Grüne und SP lehnen die extreme Initiative geschlossen ab und unterstützen den fairen Gegenvorschlag (91:24 Stimmen).



5. Warum ist die Initiative irreführend?

Die Initianten selbst haben sich in der Junisession 2022 noch für Ruhegehälter ausgesprochen (Fraktionsauftrag SVP zur Karenzfrist):

«Ruhegehälter können kritisch hinterfragt werden. Die SVP-Fraktion ist jedoch überzeugt, dass Ruhegehälter gerade für die Sicherung der Unabhängigkeit von Regierungsräten für eine gewisse Zeitdauer richtig sind.»

Nur drei Jahre später verlangen sie nun das Gegenteil: die vollständige Streichung. Das ist widersprüchlich und zeigt, dass es bei der Initiative nicht um eine sachliche Verbesserung, sondern um politische Profilierung geht.

6. Was passiert, wenn die Initiative angenommen wird?

Dann fällt jede Übergangsregelung weg. Wegen der strengen Amtszeitbeschränkung wären Regierungsmitglieder gezwungen, schon während ihrer Amtszeit an ihre berufliche Zukunft zu denken. Das macht das Amt unattraktiv, gefährdet die politische Unabhängigkeit und schwächt die Regierung – und damit die Entwicklung unseres Kantons – langfristig.

7. Was passiert, wenn sowohl Initiative wie Gegenvorschlag abgelehnt werden?

Dann bleibt alles beim Alten: Regierungsmitglieder erhalten weiterhin ein lebenslanges Ruhegehalt – das alte System bleibt unverändert bestehen. Nur mit einem Ja zum Gegenvorschlag schaffen wir das lebenslange Ruhegehalt wirklich ab und erhalten dabei eine unabhängige Regierung.

8. Was bringt der Gegenvorschlag – und was kostet er im Vergleich zur Initiative?

Der Gegenvorschlag ist praktisch kostenneutral, schafft aber im Gegensatz zur extremen Initiative klare Vorteile: Er garantiert eine unabhängige und kompetente Regierung und sorgt dafür, dass das Regierungsamt attraktiv bleibt – ganz ohne lebenslange Privilegien.

